

PRESSEMITTEILUNG

Bremen, 04.12.2015

Internet

<http://www.verwaltungsgericht.bremen.de>

Eilantrag gegen die Schließung der Residenz Kirchhuchting wurde zurückgewiesen

Die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Bremen hat mit einem Beschluss vom 04.12.2015 einen Eilantrag gegen die Schließung der Seniorenresidenz Kirchhuchting zurückgewiesen (Az.: 3 V 2389/15).

Die Antragstellerin betreibt in Bremen die Residenz Kirchhuchting, eine stationäre Pflege- und Betreuungseinrichtung mit insgesamt 88 Plätzen, von denen aktuell 63 belegt sind. In der Vergangenheit waren wiederholt Beschwerden über die Qualität der Betreuung und Versorgung der Bewohner der Einrichtung und über organisatorische Mängel an die Wohn- und Betreuungsaufsicht (kurz: Heimaufsicht) der Antragsgegnerin herangetragen worden. Nachdem mehrere Anordnungen der Heimaufsicht gegenüber dem Einrichtungsbetreiber auf Mängelbeseitigung nach Auffassung der Antragsgegnerin keinen hinreichenden Erfolg gezeigt hatten, verfügte die Antragsgegnerin mit einem Bescheid vom 20.11.2015 die Untersagung und die Einstellung des Betriebs der Einrichtung. Für den Fall der nicht fristgerechten Betriebseinstellung wurde eine Zwangsräumung der Einrichtung angedroht.

Die Antragstellerin hat gegen den Bescheid Widerspruch eingelegt und beim Verwaltungsgericht die Anordnung der aufschiebenden Wirkung ihres Widerspruchs beantragt. Sie hält die Untersagungsverfügung für offensichtlich rechtswidrig. In der Vergangenheit habe die Einrichtung zwar Qualitätsdefizite aufgewiesen. Die Behörde berücksichtige in ihrer Untersagungsverfügung aber nicht, dass die Antragstellerin in den zurückliegenden Monaten zahlreiche Verbesserungsmaßnahmen eingeleitet und umgesetzt habe, die inzwischen zu einer erheblichen Qualitätssteigerung geführt hätten. Dies werde inzwischen auch von externen Fachleuten bestätigt. Die von der Antragsgegnerin angeführten Mängel entsprächen in vielen Punkten auch nicht den Tatsachen.

Die Antragsgegnerin vertritt dagegen die Auffassung, dass trotz fortlaufender behördlicher Anordnungen und Beratungen Pflegedefizite in der Einrichtung in einem Umfang fortbeständen, der die Gesundheit der Einrichtungsbewohner gefährden würde. Die Bemühungen der Antragstellerin um eine Qualitätsverbesserung hätten nicht gefruchtet und die Antragstellerin sei nicht in der Lage, eine solche Pflegeeinrichtung verantwortlich zu führen. Im Interesse der Bewohner sei deshalb die Untersagung geboten.

Verantwortlich:

Dr. Silke Benjes · Am Wall 198 · 28195 Bremen · T: 0421-361 10579 · F: 0421-361 6797 · e-mail: silke.benjes@verwaltungsgericht.bremen.de

Hans-Michael Wollenweber · Am Wall 198 · 28195 Bremen · T: 0421-361 4651 · F: 0421-361 6797 ·

e-mail: hans-michael.wollenweber@verwaltungsgericht.bremen.de

Das Verwaltungsgericht hat den Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen die Untersagungsverfügung zurückgewiesen. Der angefochtene Bescheid habe sich nach der in einem gerichtlichen Eilverfahren gebotenen überschlägigen Prüfung als voraussichtlich rechtmäßig erwiesen. Zwar hätten das Gesundheitsamt Bremen und der Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) bei aktuellen Prüfungen der Einrichtung in Teilbereichen verbesserte Hygiene- und Pflegestandards bestätigt. Nach wie vor bestünden aber trotz eines Aufnahmestopps im Juli 2015, eines zwischenzeitlich entstandenen Personal-überhangs, diverser anlassbezogener Überprüfungen und daraufhin von der Antragsgegnerin erfolgten Anordnungen in wichtigen Kernbereichen (u.a. Notrufanlage, Medikamentenabgabe, Pflegerische Versorgung, Dekubitusprophylaxe/Wundversorgung) der Einrichtung erhebliche Defizite. Diese wögen so schwer, dass von ihnen eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit der Bewohner ausginge. Da andere behördliche Maßnahmen insoweit bisher zu keinen hinreichenden Verbesserungen geführt hätten, sei jetzt im Interesse des Wohls der Bewohner der Betrieb der Einrichtung zu untersagen. Die Kammer weist in ihrem Beschluss darauf hin, dass die Antragstellerin jetzt verpflichtet sei, die Schließung der Einrichtung unverzüglich einzuleiten. Mit Verwaltungszwang könne die Antragsgegnerin das jedoch zurzeit noch nicht durchsetzen, weil sie die sofortige Vollziehung der Androhung einer Zwangsräumung bisher nicht angeordnet habe. Hinsichtlich des angedrohten Verwaltungszwanges komme dem Widerspruch der Antragstellerin deshalb unmittelbar aufschiebende Wirkung zu, ohne dass es hierzu einer Anordnung des Verwaltungsgerichts bedürfe. Im Rahmen der Betriebseinstellung sei zu beachten, dass den Bewohnern ein ihrer Würde entsprechender Umzug in eine andere Einrichtung ermöglicht werde. Ihnen müsse insbesondere hinreichend Gelegenheit gegeben werden, einen für sie passenden neuen Heimplatz zu finden.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist noch nicht rechtskräftig. Die Antragstellerin kann binnen einer Frist von zwei Wochen ab der Zustellung gegen den Beschluss Beschwerde zum Oberverwaltungsgericht Bremen Beschwerde einlegen.

Der Beschluss wird in Kürze im Volltext auf den Internetseiten des Verwaltungsgerichts Bremen veröffentlicht werden.

Zum Hintergrund:

Gemäß § 29 Abs. 1 Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) ist der Betrieb einer Pflege- und Betreuungseinrichtung u.a. dann zwingend zu untersagen, wenn die in der Einrichtung erforderliche Qualität der Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner einschließlich der Pflege nach dem allgemein anerkannten Stand medizinischer, behindertenpädagogischer und pflegerischer Erkenntnisse nicht gesichert ist oder im Rahmen Einwirkungsmöglichkeiten des Betreibers die ärztliche, zahnärztliche und sonstige gesundheitliche oder therapeutische Betreuung nicht gesichert ist und andere im BremWoBeG vorgesehene Maßnahmen nicht ausreichen, um eine Gefährdung des Wohls der Bewohnerinnen und Bewohner abzuwenden. Gemäß § 29 Abs. 4 BremWoBeG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine Betriebsuntersagung nach § 29 Abs. 1 BremWoBeG keine aufschiebende Wirkung.

Gemäß § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann das Verwaltungsgericht in einem solchen Fall auf Antrag die aufschiebende Wirkung von Widerspruch oder Anfechtungsklage ganz oder teilweise anordnen.